Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21089. Girokasse Riesa Nr. 32.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 237. Donnerstag, 10. Oktober 1918, abends. 71. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3.60 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundschrift-Zeile (7 Silben) 30 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Abgabe von Malzzubereitungen an kranke Kinder betr.

Bis auf weiteres kann bei der Zuteilung von Malzzubereitungen für kranke Kinder von Einziehung der Zuckerkarte abgesehen werden, wovon den Beteiligten hiermit Kenntnis gegeben wird.

Großenhain, am 7. Oktober 1918.

1386 a III. **Der Kommunalverband.**

Diejenigen zur **Ergänzungssteuer** beitragspflichtigen Personen, die zu dieser Steuer anstatt durch die zur Einschätzung des Einkommens berufenen Einschätzungskommissionen durch die besonderen Ergänzungssteuerkommissionen veranlagt sein wollen, haben dies **spätestens bis zum 1. November 1918** hier schriftlich zu beantragen und dabei zu erklären, daß sie zur Zahlung von mindestens 40 M. Ergänzungssteuer bereit seien. Wohnort und Wohnung des Antragstellers sind anzugeben.

Großenhain, am 9. Oktober 1918.

Die Königliche Bezirkssteuereinnahme.

Unter dem Geflügelbestande des
Glasmachers Ludewig Brux, Sedanstraße 31,
Steuermanns Otto Petters, Elbstraße 11,
Fuhrwerksbesitzers Magnus Jschoche, Elbstraße 12
ist die **Geflügelcholera** ausgebrochen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 10. Oktober 1918. F.

Um den Bedarf der Gemeinde an Hausbrandkohle für die gegenwärtige Heizperiode feststellen zu können, werden alle diejenigen **Kleingewerbtreibenden** und **Landwirte** soweit sie noch keinen Antrag auf Ausfertigung eines **Kohlenbezugsscheines** gestellt haben, hiermit aufgefordert, einen solchen Antrag baldigst an die Königliche Amtshauptmannschaft zu richten. Die Anträge müssen bis spätestens Sonnabend, den 12. Oktober im Gemeindeamt Zimmer Nr. 12 abgegeben werden.

Gröba, Elbe, am 10. Oktober 1918. **Der Gemeindevorstand.**

Ausgabe von Gutscheinen für Milch an Minderbemittelte.

Freitag, den 11. Oktober 1918, vormittags 8—1 Uhr, werden im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, die Gutscheine zum Bezuge von verbilligter Milch ausgegeben. Steuerzettel, Lebensmittelkontrollkarten und Milchkarte sind bei der Antragstellung vorzulegen. Bezugsberechtigt sind **Kinder im 1. und 2. Lebensjahr, Schwangere in den letzten 3 Monaten, Stillende und Kranke soweit die Kosten nicht von einer anderen Kasse getragen werden.**

Die **Milchlieferer** haben die Gutscheine allwöchentlich für die verflossene Woche jeden Montag im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 3, einzureichen.

Gröba, Elbe, am 9. Oktober 1918. **Der Gemeindevorstand.**

Hauslisten in Gröba.

Aus Anlaß der nächstjährigen Einschätzung zur Staatseinkommen- und Ergänzungssteuer sind den Haus- und Grundstücksbesitzern bez. deren Stellvertretern die Hauslisten zugestellt worden. Die Ausfüllung der Hauslisten hat nach dem Stande vom **12. Oktober 1918** zu erfolgen. Sie sind binnen 10 Tagen, vom Tage der Behändigung ab gerechnet, jedoch keinesfalls vor dem 14. Oktober, durch eine erwachsene Person, welche über die Einträge und Verhältnisse im Grundstück genau Auskunft geben kann, bei unserer Steuerkasse, Gemeindeamt, Zimmer Nr. 5, wieder einzureichen. **Die Rückgabe hat in der Zeit vom 14.—19. Oktober nur während der Nachmittags-Geschäftsstunden zu erfolgen, da die Steuerkasse während dieser Tage nur zur Annahme von Hauslisten auch nachmittags geöffnet ist.**

Bei der Ausfüllung der Listen sind die auf der Titelseite abgedruckten Bemerkungen zu beachten. Besonders ist darauf hinzuweisen, daß alle männlichen und weiblichen Personen, welche ein eigenes Einkommen haben, aufzunehmen sind. Ehefrauen und erwachsene Kinder sind dann wegzulassen, wenn sie keinem eigenen Erwerb nachgehen oder kein Vermögen besitzen. Ferner sind auch alle diejenigen Personen mit aufzunehmen, welche, obwohl sie nicht in dem Grundstück wohnen, doch in demselben ein Gewerbe betreiben oder Wohn- und gewerbliche Räume gemietet haben.

Im Kriegsdienst befindliche Personen einschließlich der Untermieter und Schlafstelleninhaber sind in die Hausliste aufzunehmen, wenn sie die Wohnung beibehalten haben.

Die Einberufung zum Kriegsdienst ist in Spalte 2 der Hausliste durch den Vermerk: „im Kriegsdienst" oder abgekürzt: „i. K." kenntlich zu machen.

Gröba, Elbe, am 9. Oktober 1918. **Der Gemeindevorstand.**

Infolge vorzunehmender **Reinigung** bleiben die Amtsräume des Gemeindeamtes morgen Freitag, den 11. Oktober, nachmittags geschlossen.

Weida, am 10. Oktober 1918. **Der Gemeindevorstand.**

In der Zeit von **Freitag, den 11. bis Dienstag, den 15. Oktober** findet eine **Alarm-Pflichtfeuerwehr-Uebung** statt. Die Mitglieder der Pflichtfeuerwehr haben sich beim Ertönen der Alarmzeichen sofort nach dem Spritzenhause zu begeben.

Weida, am 10. Oktober 1918. **Der Gemeindevorstand.**

Freibank Riesa.

Morgen **Freitag,** den 11. Oktobr 1918, von nachmittags 4—7 Uhr gelangt auf der **Freibank** des städtischen Schlachthofes **Rindfleisch** zum Preise von 1.25 Mark gegen Abgabe der Fleischmarke F und Vorlegung der Brot- und Fleischausweiskarte von Nr. 60 bis 260 (Ratskeller) zum Verkauf.

Riesa, am 10. Oktober 1918. **Die Direktion des städt. Schlachthofes.**

Drei Gegenfragen Wilsons.

Wilsons Antwort auf das deutsche Angebot.

Washington, 8 Oktober. In einer heute vom Staatssekretär dem schweizerischen Geschäftsträger übergebenen Note heißt es: Ehe er auf das Ansuchen der kaiserlich-deutschen Regierung antworte und damit die Antwort so aufrichtig und geradsinnig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, es erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern. Meint der Reichskanzler, daß die kaiserlich-deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt, und daß der Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen? Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlage eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden ist, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube bei jeder Diskussion würde offensichtlich von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkte aus für außerordentlich wichtig.

(Zusatz des W.-T.-B.: Die Antwort des Präsidenten Wilson liegt hier im amtlichen Text noch nicht vor. Eine genaue Prüfung des Wortlautes ist vorerst noch nicht möglich. Immerhin ergibt sich aus dem Text, daß weitere Erklärungen vonseiten der deutschen Regierung notwendig sein werden. Dazu sind sorgsame Erwägungen der Regierung erforderlich. Die Antwort auf die Schlußfrage des Präsidenten ist durch die Rede des Präsidenten Fehrenbach in der Reichstagssitzung vom 5. d. M. gegeben, der im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages erklärte, daß der Reichstag das Friedensangebot billige und sich zu eigen mache.

*

Die Hetzartikel der feindlichen Zeitungen haben, wie vorauszusehen war, den Präsidenten Wilson von einer eingehenden Prüfung und sachlichen Behandlung der deutschen Friedensnote nicht abgehalten. Wenn es richtig ist, daß ihm die Note erst Montag früh vom schweizerischen Gesandten eingehändigt worden ist, so hat er für die Formulierung seiner drei Gegenfragen reichlich 24 Stunden gebraucht. Der genaue Wortlaut der Antwort muß erst noch in amtlicher Form bekannt gegeben werden. Bis jetzt liegt eine halbamtlich verbreitete Uebersetzung vor, die anscheinend an mehreren Stellen Ungenauigkeiten enthält. Nur soviel ist sicher, daß die drei Gegenfragen Wilsons bereits die erste Einleitung von Verhandlungen zwischen uns und ihm bedeuten, denn sie heischen eine Beantwortung, auf die dann wohl erst die endgültige Entscheidung des Präsidenten erfolgen soll.

Naturgemäß kann vor einer Prüfung des noch ausstehenden amtlichen Textes der Antwort Wilsons die deutsche Reichsregierung noch keine Stellung nehmen. Bei der Wichtigkeit und ungeheuren Tragweite der geforderten deutschen Erklärung ist es auch notwendig, daß alle zuständigen deutschen Stellen einschließlich der Mehrheitsparteien des Reichstages bei der Abfassung der neuen Note mitarbeiten. Es ist daher zur Stunde nur eine private, amtlich gänzlich unbeeinflußte Beurteilung der Sachlage möglich. Die aber ergibt ungefähr folgende Erwägungen:

Die erste Frage Wilsons ist bereits durch eine halbamtliche Feststellung beantwortet worden, die am Dienstag von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde. Gegenüber Ausführungen der Kölnischen Zeitung versicherte das halbamtliche Organ der Reichsregierung, es könne „nicht bestimmt genug betont werden, daß die deutsche Regierung und die Mehrheit des Reichstags das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden angenommen haben." Danach ist also keine Rede mehr davon, daß der Zweck der Friedensdiskussion beim Eintritt in die Verhandlungen nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten der Kongreßbotschaft Wilsons zu verständigen.

Die zweite Frage des Präsidenten, die sich auf den Waffenstillstand bezieht, ist nach der vorliegenden Uebersetzung reichlich unklar. Unmöglich kann Wilson den Waffenstillstand an die Bedingung knüpfen, daß sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückgezogen werden. Eine solche Zurückziehung ohne vorherigen Waffenstillstand im schärfsten feindlichen Feuer und Nachdrängen ist eine technische Unmöglichkeit. Man kann also nur annehmen, daß die Frage dahin gehen soll, ob als Voraussetzung für Friedensverhandlungen (nicht aber für Waffenstillstandsverhandlungen), die sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten zugesagt wird.

Auch die dritte Frage Wilsons entbehrt der Klarheit. Will er wissen, ob der Kanzler seine Note im Auftrag und Einverständnis mit dem deutschen Kaiser abgesandt hat, so gibt ihm schon die deutsche Reichsverfassung die selbstverständliche glatte Bejahung seiner Frage. Ist er dagegen im Zweifel darüber, ob auch die übrigen „Gewalten des Reiches" mit dem Kanzlerschritt einverstanden sind, so muß an die Rede des Reichstagspräsidenten Fehrenbach als Antwort auf die Kanzlerrede erinnert werden, worin im Namen des deutschen Volkes und des Reichstags erklärt wurde, daß sie das Friedensangebot billigen und sich zueigen machen. — Die nächsten Tage werden schon Klarheit über alle diese Zweifelsfragen bringen.

*

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: Unter dem Eindrucke der Kanzlerrede, die der Welt unseren grundlegenden politischen Systemwechsel verkündete, ist ein bedeutungsvoller Vorgang in den Hintergrund getreten, der in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands bisher wohl ohne Vorbild ist. Es ist dies die Erklärung, die der Reichstagspräsident in der denkwürdigen Sitzung vom 5. dieses Monats im Anschluß an die Kanzlerrede im Namen der Mehrheitsparteien abgab. Durch diese Erklärung hat sich der Reichstag und damit das deutsche Volk zum Bürgen für die aufrichtige und loyale Annahme des Wilsonschen Programms für die Friedenskonferenz gemacht. Solchen Vorgängen gegenüber wird auch die feindliche Presse gegen den Friedensschritt der deutschen Regierung mit gutem Gewissen nicht mehr die so oft gehörte Ausflucht geltend machen können, daß die Erklärungen der deutschen Regierung keinen Wert hätten, da sie lediglich Meinungsäußerungen einer unverantwortlichen autokratischen Regierung, nicht aber den Ausdruck des Volkswillens darstellten.

*

Weiterführung des Friedensschrittes. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf den deutschen Friedensschritt ist bei den hiesigen amtlichen Stellen heute bekannt geworden und wird in Kürze mitgeteilt werden. Wir haben Grund zur Annahme, daß sich eine Weiterführung des Friedensschrittes ermöglichen werde.

Eine Richtigstellung der unabhängigen Sozialdemokraten. Die Leipziger Volkszeitung dementiert die Blättermeldung, wonach in Genf Verhandlungen der alliierten Sozialisten begonnen hätten, an denen auch deutsche unabhängige Sozialdemokraten teilgenommen hätten. Von derartigen Besprechungen sei dem Zentralvorstand der unabhängigen Sozialdemokratie nichts bekannt.

Zum Wiederzusammentritt des Reichstages. Entgegen einer Zeitungsmeldung sind bisher über den Zeitpunkt des Wiederzusammentritts des Reichstags noch keine Bestimmungen getroffen worden.

Der belgische Gesandte beim Papst. In diplomatischen Kreisen des Vatikans wird erklärt, daß der Audienz, die der belgische Gesandte im Vatikan dieser Tage beim Papst hatte, große Bedeutung für die belgische Frage beizumessen sei.

Der Nachhall in Italien. Der beste Beweis für den ungeheuren Nachhall, den das Angebot des Waffenstillstandes durch die Mittelmächte bei der italienischen Bevölkerung gefunden hat, ist der gewaltige Propagandaapparat, der von Regierungs-Presse dagegen in Bewegung gesetzt wird. Millionenfach wurden Manifeste verteilt, die das Volk zum Durchhalten auffordern. Alle volkstümlichen Redner wurden mobilisiert, um im ganzen Lande, besonders bei der Landbevölkerung, die friedensfreundliche Stimmung zu dämpfen und das Volk auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die Italien aus starrköpfigem, übereiltem Friedensschritt erwachsen können. An erster Stelle veröffentlichen die italienischen Blätter eine Proklamation des Generals Diaz an das Heer. In geschickt gesetzten Worten wird darin auf die Möglichkeit hingewiesen, daß Italien sich durch weiteres militärisches Aufgebot die nötigen Bürgschaften sichere. Auch amerikanische Meldungen über Kriegshandlungen und Truppentransporte werden zur Stimmungsmache benutzt.

Gewaltiger Eindruck in Frankreich. Der Friedensvorschlag der Zentralmächte beherrscht in Frankreich die öffentliche Meinung vollkommen. Trotzdem die Boulevardspresse geneigt ist, den Friedensschritt als Komödie oder als Falle hinzustellen, wie z. B. der „Matin", darf der allgemeine Eindruck auf das französische Volk als gewaltig bezeichnet werden. Keine Sophistereien, keine Ironisierung und keine Schmähungen können verhindern, daß der Schritt dem schwer gerüttelten französischen Volke in seiner überwiegenden Mehrheit als Erlösung erscheint. Allerdings überwiegen in der Presse die Stimmen, die vor Eintritt in die Verhandlungen die sofortige Räumung der besetzten Gebiete fordern.

Holland suspendiert die militärischen Urlaube. Das Haager Korrespondenzbüro meldet: Der Minister Ruys de Beer-